

## NEWSLETTER

17.12.2008

Liebe Kollegin, Lieber Kollege,  
wir wünschen allen ruhige und erholsame  
Feiertage  
sowie ein gesundes neues Jahr 2009.

Einen etwas anderen Brief an den Weihnachtsmann könnt Ihr in der Anlage finden

### **Zum Jahresende und Jahreswechsel noch ein paar Informationen.**

#### **Hinweise über freie Seminarplätze der KlärWerk – Seminare:**

- „Mit wirtschaftlichen Informationen arbeiten“  
23. bis 27. Februar 2009 Anmeldeschluß 8. Januar 2009
  
- „Der Beschluß des Betriebsrats, ordnungsgemäß gefaßt und rechtssicher formuliert“  
2. bis 4. März 2009 Anmeldeschluß 15. Januar 2009

#### **Europa**

15.000 GewerkschafterInnen haben in Straßburg für ein soziales Europa demonstriert. Die Flugblätter der IG Metall dazu gibt es im Extranet.

[http://www.dgb.de/2008/12/16\\_egb\\_demo.htm/](http://www.dgb.de/2008/12/16_egb_demo.htm/)

#### **Ein-Euro-Jobs**

Das Bundessozialgericht hat entschieden: Arbeitslose müssen Ein-Euro-Jobs annehmen. Auch wenn sie 30 Stunden umfassen. In der "Süddeutschen Zeitung" bezeichnet der DGB das Urteil als "bittere Schlappe" für den Ingenieur.

## **EDS/HP**

Die "junge Welt" schildert den Konflikt um den geplanten Jobabbau bei EDS. Die vorgelegten Abbaupläne seien völlig überzogen, erklärte Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

## **Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz**

Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist es, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

<http://bundesrecht.juris.de/agg/index.html>

## **Finanzkrise**

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise wird vermehrt über die Rolle von Staatsfonds diskutiert. Was passiert, wenn heimische Schlüsselindustrien mehrheitlich von ausländischen Staatsfonds kontrolliert werden können?

[http://www.verdi-bub.de/standpunkte/archiv/die\\_groessten\\_staatsfonds/](http://www.verdi-bub.de/standpunkte/archiv/die_groessten_staatsfonds/)

## **Aktuelle Gesetzesvorhaben**

Vorschlag der EU-Kommission: Verlängerter Mutterschaftsurlaub und bessere Bedingungen

Die EU-Kommission hat im Oktober 2008 einen Vorschlag vorgelegt, der zu verbesserten Bedingungen beim Mutterschaftsurlaub für Frauen führen soll. Hiernach soll die Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubs 18 Monate betragen. Darüber hinaus sollen der Kündigungsschutz gestärkt und die Rechte für selbstständig erwerbstätige Frauen erweitert werden.

Mehr Informationen: [http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Vorschlag\\_EU-Kommission.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Vorschlag_EU-Kommission.pdf)

Leiharbeitsrichtlinie durch EU-Parlament verabschiedet

Das Europäische Parlament hat am 22.10.2008 eine Richtlinie zur Leiharbeit beschlossen. Hierin sollen europaweite Mindeststandards für Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern sichergestellt werden. Vom Grundsatz "Gleiches Geld für gleiche Arbeit" sind in Deutschland Ausnahmeregelungen durch Tarifverträge möglich. Der nationale Gesetzgeber muss diese Richtlinie innerhalb von drei Jahren in nationales Recht umsetzen. Nach Auffassung des BMAS entspricht das deutsche Recht weitgehend dieser Richtlinie, sodass der Anpassungsbedarf gering sein wird.

Mehr Informationen: [http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/EU\\_Leiharbeitsrichtlinie.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/EU_Leiharbeitsrichtlinie.pdf)

Entwurf eines Gesetzes zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung

Die Bundesregierung hat am 15.10.2008 beschlossen, die Beitragssätze zur Arbeitsförderung zu senken. Durch das Gesetz, das am 01.01.2009 in Kraft tritt, sollen die Beitragszahlenden entlastet werden. Die Höhe des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung beträgt dann 3,0 Prozent. Durch Rechtsverordnung sollen danach die Beiträge für das Jahr 2009 und das erste Halbjahr 2010 auf 2,8 Prozent gesenkt werden, soweit dies die Beschäftigungs- und Wirtschaftslage zulässt.

Mehr Informationen:

[http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Gesetzesentwurf\\_Beitragssatz\\_Arbeitsfoerderung.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Gesetzesentwurf_Beitragssatz_Arbeitsfoerderung.pdf)

[http://www.verdi-](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Rechtsverordnung_Beitragssatz_Arbeitsfoerderung.pdf)

[bub.de/fileadmin/pdfs/Rechtsverordnung\\_Beitragssatz\\_Arbeitsfoerderung.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Rechtsverordnung_Beitragssatz_Arbeitsfoerderung.pdf)

## Erhöhung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden durch die "Verordnung zur Festlegung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzverordnung-GKV-BSV)" zum 01.01.2009 erhöht. Der allgemeine Beitragssatz wird auf 15,5 % und der allgemeine ermäßigte Beitragssatz auf 14,9 % festgesetzt. Hintergrund der Erhöhung ist der zum 01.01.2009 eingeführte Gesundheitsfonds.

Mehr Informationen:

[http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/GKV\\_Beitragssatzverordnung.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/GKV_Beitragssatzverordnung.pdf)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hält ein aktuelles Verzeichnis der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge zum Download bereit (Stand: 01.10.2008).

Näheres können Sie hier lesen:

[http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Allgemeinverbindliche\\_Tarifvertraege.pdf](http://www.verdi-bub.de/fileadmin/pdfs/Allgemeinverbindliche_Tarifvertraege.pdf)

Mit freundlichen Grüßen  
das KlärWerk Team

KlärWerk Institut für kritische Sozialforschung und Bildungsarbeit e.V.

Norderreihe 1

22767 Hamburg

Tel.: 040 43 21 63 0

Fax: 040 43 21 63 11

<http://www.institut-klaerwerk.de/>